

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Poln. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und geleseste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.

Anzeigenpreise: Die 8-gelaltene mm-Zl. für Polnisch-Oberstl. 12 Gr., für Polen 15 Gr.; die 3-gelaltene mm-Zl. im Kellerteil für Poln.-Oberstl. 60 Gr., für Polen 80 Gr. Bei gerichtl. Beiziehung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 199

Mittwoch, den 23. Dezember 1931

49. Jahrgang

Italien zu Meinungs austausch bereit

**Beantwortung der französischen Abrüstungsnote
Gesundung aller Länder — Einigung in Basel**

Rom. Die italienische Regierung hat auf die französische Abrüstungsnote am 19. Dezember mit einer Note geantwortet, in der die bekannten Richtlinien der italienischen Politik in der Tributfrage erneut bekräftigt werden. Die italienische Regierung besteht auf einer Lösung, die zu einer wirtschaftlichen und finanziellen Gesundung aller Länder führt. Derartige Lösungen müssen nach Ansicht der italienischen Regierung den wechselseitigen Beziehungen zwischen den Staaten und den verschiedenen Wirtschaften Rechnung tragen und die Einzelinteressen mit den allgemeinen Interessen in Einklang bringen. Die italienische Regierung erklärt sich zu einem offenen Gedankenaustausch mit den übrigen Regierungen bereit. Eine Gültungnahme zwischen den Sachverständigen beider Länder zum Studium der Frage könne nur nützlich und zweckmäßig sein. Es sei vorauszusetzen, daß der Baseler Ausschuss seine vorbereitenden Arbeiten in wenigen Tagen abgeschlossen haben werde und daß die verschiedenen Regierungen im Hinblick auf die bevorstehende internationale Reparationskonferenz in der Lage sein werden, bald zur unmittelbaren Behandlung der wichtigen Frage zu schreiten.

Vor dem Abschluß in Basel

Basel. Der Redaktionsausschuss des Sonderausschusses hat am Montagabend gegen 21 Uhr die eigentliche Abfassung der Schlussfolgerungen des Gutachtens unter dem Vorsitz des Präsidenten Beneduce begonnen und tagt um 1 Uhr nachts noch. Die Sachverständigen der einzelnen Abordnungen kommen und gehen. Texte werden geschrieben und wieder abgeändert. Kurz: Es geht mit allen Kräften dem Ende zu.

Die Einigungsformel, die gefunden wurde, ist die, daß auf besondere Empfehlungen und Anregungen verzichtet wird,

daß in den Schlussfolgerungen weder die Frage der Reparationen noch der privaten Schulden mit bestimmten Hinweisen aufgeführt wird. Man wird betonen, daß der Ausschuss auf den Antrag Deutschlands gemäß dem Youngplan eine genaue Prüfung der Gesamtheit der deutschen Verhältnisse vorgenommen hat, daß der Eindruck

den man von den besonderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands erhielt, ein überaus starker ist und deshalb die Reparationskonferenz auffordert, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.



Zum 75. Geburtstag des amerikanischen Staatsmannes Kellogg

Frank B. Kellogg, der berühmte amerikanische Diplomat, begeht am 22. Dezember seinen 75. Geburtstag. Kellogg war 1921 Botschafter für die U. S. A. in London und wurde zum Staatssekretär des Äußeren ernannt. Seine wichtigste Tat war die Schaffung des nach ihm benannten Paktes zur Beilegung des Krieges, der 1929 von fast allen Staaten der Erde unterzeichnet wurde.

Diese Einigungsformel, niemand zu Liebe und niemand zu Leide, wird von allen Vertretern unterzeichnet. Für Deutschland werden keine neuen Bindungen gefordert.

Frankreich überläßt die Entscheidung über geschützte und ungeschützte Reparationen der Reparationskonferenz. England läßt die Frage der privaten Verschuldung nur nach allgemeinen Gesichtspunkten aufzuführen. In einer Einleitung zum Gutachten dürfte der Sonderausschuss dann noch einen Ueberblick über die Art und Bedeutung seiner Tätigkeit geben.

Der russisch-französische Nichtangriffspakt

Besondere Schlichtungsinstanz — Versprechen an Polen — Französisches Dementi

Paris. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht den angeblichen Text des am 24. August 1931 von dem Generalsekretär des Quai d'Orsay, Philippe Berthelot, und dem sowjetrussischen Botschafter Dorgalewski paraphierten russisch-französischen Nichtangriffspaktes. Der Vertrag soll u. a. folgende Bestimmungen enthalten:

Artikel 1: Die beiden Mächte versprechen sich gegenseitig einer jeder Angriffshandlung zu enthalten und nicht zum Kriege zu schreiten.

Artikel 2: Wenn eine dritte Macht sich eine Angriffshandlung gegen eine der vertragsschließenden Parteien zu schulden kommen läßt, verpflichtet die andere vertragsschließende Partei, neutral zu bleiben.

Artikel 3: Keine der beiden vertragsschließenden Parteien darf eine Abmachung mit anderen Mächten abschließen, die bestimmt, den Ankauf oder den Verkauf von Waren der vertragsschließenden Partei zu verweigern. Die beiden Parteien können es nicht ab, voneinander Waren zu kaufen bzw. zu verkaufen.

Artikel 4: Die beiden Parteien versprechen, sich jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen Partei zum Zwecke eines Umsturzes der bestehenden Institutionen mit Waffengewalt zu enthalten.

Artikel 5: Ein Schlichtungsverfahren wird eingeführt, um die Beilegung jedes auftretenden Konfliktes zwischen beiden Parteien zu gewährleisten.

Artikel 6: Der Vertrag gilt für zwei Jahre und kann von da ab mit einjähriger Frist verlängert werden.

Der Vertrag soll erst in Kraft treten, wenn das vorgesehene Schlichtungsverfahren durch eine besondere Abmachung im voraus definiert sein wird. Für die Anwendung des Art. 2 sieht Frankreich das Land als Angreifer an, das sich weigert, in

Konflikt nach den Bestimmungen des Kellogg-Paktes zu regeln, oder die Besetzung eines fremden Gebietes aufrecht erhält.

„Echo de Paris“ fügt hinzu, daß dieser Vertragstext Polen, Rumänien, Lettland, Estland und Finnland unterbreitet worden sei.

Außerdem sei Polen das Versprechen gegeben worden, daß nichts endgültiges abgeschlossen werde, bevor Moskau nicht mit Polen den seit Jahren in Rede stehenden Nichtangriffspakt unterzeichnet habe.

Polen seinerseits habe eine gleiche Verpflichtung gegenüber Rumänien und den baltischen Staaten übernommen.

Französisches Dementi zum Nichtangriffspakt mit Rußland

Paris. Der vom „Echo de Paris“ in allen seinen Artikeln und Zusätzen genau wiedergegebene russisch-französischer Nichtangriffspakt wird von französischer amtlicher Seite als falsch bezeichnet. Die von dem Blatt wiedergegebenen Einzelheiten entsprächen nicht dem Wortlaut des am 21. August am Quai d'Orsay paraphierten französisch-sowjetrussischen Vorvertrages. Immerhin geht aus dieser Verlautbarung deutlich hervor, daß der Nichtangriffspakt tatsächlich schon im August paraphiert wurde.

Arnaldo Mussolini gestorben

Mailand. Arnaldo Mussolini, der um 2 Jahre jüngere Bruder des italienischen Regierungschefs, ist am Montag mittags an einem Herzschlag gestorben.

Arnaldo Mussolini ist seit 1922 verantwortlicher Leiter des von seinem Bruder gegründeten „Popolo d'Italia“. 1929 war ihm ein Abgeordnetenmandat angeboten worden, das er jedoch ablehnte.

Senatsausprache über das Hoover-Feierjahr

Washington. Die Senatsausprache über das Hoover-Feierjahr nahm im weiteren Verlaufe teilweise, heftige Formen an. Senator Howell (Nebraska), ein Gegner des Hoover-Feierjahres, schlug einen Zusatz vor, indem die Ratifizierung von der Bedingung abhängig gemacht wird, daß die Vereinigten Staaten Deutschland keine Kolonien zurückgeben. Norris (Nebraska) und Johnson (Kalifornien) klagten die Regierung an, sie wendet Zwang an, um die Ratifizierung zu erreichen. Diese Handlungsweise sei verfassungswidrig, da sie auf eine weitere Herabsetzung der Schulden hinfiele. Mac Kellar (Tennessee) schlug einen Zusatz vor, der die Dauer des Moratoriums auf ein Jahr begrenzt. Johnson (Kalifornien) erklärte, die Schuldnerländer seien entschlossen, die Vereinigten Staaten um eine zweijährige Verlängerung des Moratoriums und um eine Herabsetzung der Schulden zu bitten. Weiter richtete er heftige Angriffe gegen die Regierung, weil sie die Ratifizierung unter allen Umständen in der Montagssitzung erzwingen wolle.

Darauf erklärten sich die Vertreter der Regierung mit der Vertagung der Aussprache auf Dienstag vormittag einverstanden.

Reparationskonferenz in Lausanne?

Paris. In hiesigen politischen Kreisen verlautet, daß man jetzt Lausanne als Tagungsort für die am 15. Januar bevorstehende Tributkonferenz der Regierungen in Aussicht genommen habe. Es wird dabei die Frage aufgeworfen, ob die Konferenz am 2. Februar d. h. zum Beginn der Abrüstungstagung, beendet sein werde.

Laval in schwieriger Lage

Wegen der Pfundverluste der Bank von Frankreich.

Paris. Der Finanzausschuss des Senates hat einstimmig das Abkommen der Regierung mit der Bank von Frankreich über den Ersatz der Pfundverluste abgelehnt und beschlossen, die Vorlage noch einmal mit abgeänderten Wortlaut zu behandeln, um die Gefahr einer Regierungskrise zu vermeiden. Die nochmalige Beratung soll demnächst stattfinden.

In parlamentarischen Kreisen meint man, daß der Senat es nicht zum Sturze des Kabinetts Laval kommen lassen, sondern einen Ausweg finden werde. Aus innerpolitischen und psychologischen Gründen ist diese Meinung sehr wahrscheinlich.

Amerikanische Berechnungen

Washington. Staatssekretär Stimson teilte dem Präsidenten Hoover mit, daß die im Februar in Genf beginnende Abrüstungskonferenz möglicherweise 8 Monate dauere. Die Kosten, die sich für die Vereinigten Staaten aus dieser Konferenz ergäben, würden monatlich 35 000 Dollar betragen.

Beförderung im polnischen Offizierskorps

Warschau. Das Berordnungsblatt des Kriegsministers sieht neue Ernennungen im Offizierskorps der polnischen Armee vor. 100 Hauptleute sollen zu Majoren und 150 Oberleutnants zu Hauptleuten befördert werden.

Henderson wird operiert

London. Henderson wird sich nach einer Mitteilung seines Sohnes wahrscheinlich einer kleinen Operation unterziehen müssen. Henderson hofft jedoch, rechtzeitig wieder hergestellt zu sein, um den Vorsitz auf der Abrüstungskonferenz zu übernehmen.



Zum Führer der deutschen Abrüstungsdelegation

die im Februar an der Weltabrüstungskonferenz teilnehmen wird, ist der deutsche Botschafter in der Türkei, Rudolf Kambon, ernannt worden.

